

Kein Autoverbot für Sozialhilfebezüger...

Sitzung vom Montag, 19. Januar 2015

Verfasser: Hans Wiesner

Erreichbarkeit der KESB (Benno Scherrer)

Ein als Reaktion auf den Mordfall Flaach eingereichtes Postulat der Grünen wird von nur 63 Rastmitgliedern (SP und Grüne) für dringlich erklärt. Die glp sieht bei den erst vor zwei Jahren eingeführten KESB-Gremien keinen dringenden Handlungsbedarf und keinen Ausbaubedarf und hat die Dringlichkeitserklärung nicht unterstützt. Dieser wie die anderen Vorstösse zum Thema zeugt mehr von Aktivismus als von Dringlichkeit.

Benützung von Fahrzeugen durch Sozialhilfebezüger (Benno Scherrer / Eva Gutmann)

Anlässlich der Redaktionslesung der Änderung im Sozialhilfegesetz wurde das Thema erneut kontrovers diskutiert: Die Grünen und die SP setzen sich für einen möglichen Autobesitz von Sozialhilfebezügern ein, während die sonst so autofreundliche SVP und FDP dies neu mit wenigen Ausnahmefällen verbieten möchten!

Die Mehrheit der glp sieht das liberal: wie und wo Sozialhilfebezüger ihr genau berechnetes Geld einsetzen möchten, sollte man diesen selbst überlassen - ob jemand eine Katze halten möchte oder ein altes Auto ausfahren möchte, sei dem Sozialhilfebezüger zu überlassen. Eine kleine Minderheit der glp sieht das Auto nicht als Teil des "Grundbedarfs zum Leben" und möchte hier ein Zeichen setzen, gerade weil in diesem Bereich in den letzten Jahren verschiedene Missbräuche bekannt wurden.

Die Gesetzesänderung wird äusserst knapp mit 85 zu 81 Stimmen abgelehnt.

Keine Prostitution auf öffentlichen Grund (Andreas Hauri)

Aus unserer Sicht ist ein generelles Verbot aus unterschiedlichen Überlegungen nicht zielführend: Ein solches Verbot wäre schwer durchzusetzen, würde die Prostitution verlagern und in die Illegalität drängen und somit gerade die Zuhälterei erleichtern. Die Stossrichtung sollte sein, die Sexarbeiterinnen besser zu schützen und die Auswüchse des Gewerbes und den in diesem Gewerbe vorkommenden Menschenhandel gezielt zu bekämpfen. Zielführend ist auch aus Sicht der glp ein Gesamtkonzept, wie es heute in der Stadt Zürich u.a. mit Arbeitsgruppen, einer Fachgruppe Menschenhandel bei der Kapo, Schliessung des Sihlquais und Errichtung der "Verrichtungsboxen" verfolgt wird. Ein Verbot widerspräche zudem dem Bundesgesetz der Gewerbefreiheit. Die Motion der EDU ist chancenlos und wird nach (zu langer Debatte) mit 153 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Vaterschaftsurlaub für kantonales Personal (Benno Scherrer)

Heute ist der Vaterschaftsurlaub gesetzlich nicht verankert. Unternehmen wie SBB, Novartis und Raiffeisen gewähren eine Woche Vaterschaftsurlaub - ebenso der Kanton Zürich. Zusätzlich gewährt der Kanton Zürich jungen Vätern auf Wunsch einen Monat unbezahlten Urlaub. Heute ging es um eine Verdopplung auf zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub für alle kantonalen Angestellten.

Glp-Fraktionschef Benno Scherrer führt aus, ein Vater solle sich weit länger als zwei Wochen für seine Kinder engagieren. Verantwortungsbewusste Eltern wissen das zu planen - auch mit Planung von Arbeitspensum, Ferien und unbezahltem Urlaub. Die zwei Wochen sollten den kantonalen Angestellten aber gewährt werden können und die Mehrheit der glp-Fraktion unterstützt diese PI vorläufig.

Die parlamentarische Initiative wird mit 80 Stimmen vorläufig unterstützt.

Abschaffung der Abzugsfähigkeit von Bussen vom geschäftsmässigen Aufwand

(Beni Schwarzenbach)

Die heutige Rechtsordnung ermöglicht z.B. Banken im Ausland rechtmässig verhängte Bussen bei der Steuererklärung in der Schweiz vom Gewinn abzuziehen. Die Bussen für jahrelange Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Markmanipulationen stellen einen der Hauptgründe dar, weshalb einige Banken seit Jahren keine oder nur sehr geringe Steuern zahlen.

Das Anliegen ist gemäss glp-Kantonsrat Beni Schwarzenbach absolut berechtigt. Das Thema ist jedoch in Bundesbern bereits gut platziert und es existieren bereits drei hängige Vorstösse. Das sollte das Thema abdecken. Eine kantonale parlamentarische Initiative ist jedoch der falsche Ansatz und wird von den Grünliberalen nicht unterstützt und sie verpasst mit 59 Stimmen das notwendige Quorum äusserst knapp.

Und PS: bitte die Fraktionserklärung der glp hinten ebenfalls beachten!

Fraktionserklärung der Grünliberalen (Stefanie Huber)

Keine Einführung der Zivilaviatik in Dübendorf über eine Salami-taktik à la WEF – Bevölkerung, hör hin!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Regierungsrat, geschätzte Anwesende
Letzte Woche war die Abwicklung des WEF-Flugbetriebs in Dübendorf ein grosses Thema. Warum komme ich heute damit? Das WEF beginnt diesen Mittwoch. Wir fordern die Bevölkerung auf, bis zum Wochenende hinzuhören, wie sich die Lärm- und Verkehrssituation in der Flugplatzregion Dübendorf in diesen Tagen entwickeln. Wollen Sie das längerfristig?

Dass der ehemalige Militärflugplatz Dübendorf als Parkplatz für WEF-Flugzeuge genutzt wird, kennen wir. Schon länger wurde diskutiert, die gesamte Abwicklung in Dübendorf durchzuführen, um Parkierungsflüge zu vermeiden. Dass dies ökologisch und lärmtechnisch Sinn macht, verstehen wir ja.

Der Zeitpunkt der Einführung dieses „temporären zivilen Flugplatzes“ passt aber leider ins Bild, wie der Bund die Zivilfliegerei in Dübendorf gegen den Willen eines Grossteils der Bevölkerung und der Politik durchdrücken will. Dass die Anrainergemeinden ebenfalls gerade mal kurz vor der Bekanntgabe informiert, aber nicht in die Planung einbezogen wurden, spricht einmal mehr Bände.

Darum sagen wir heute (letzte Woche hatten wir hier ein anderes Thema für die Fraktionserklärung, wie Sie sich erinnern mögen) öffentlich und protokolliert: Das WEF als Einzelfall geht für uns aus ökologischen Gründen in Ordnung. Wir stemmen uns aber weiterhin gegen die Einführung der Zivilaviatik über Salami-taktik. Kommen Sie uns nie damit „Das WEF habt Ihr ja auch akzeptiert, da gabs keinen Aufschrei, warum bei der dauerhaften Zivilaviatik, wo die Bewegungen noch viel besser übers Jahr verteilt sind?“.

Ich danke Ihnen im Namen der glp und der betroffenen Bevölkerung für die Aufmerksamkeit und den Medien für die Aufnahme unserer Aufforderung an die Bevölkerung, während dem WEF genau hinzuhören.